

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Verkehrssicherheit erhöhen – Menschen an Straßenbahnhaltestellen vor Autoverkehr schützen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Verkehrssicherheit ist nicht verhandelbar und hat oberste Priorität. Daher wird der Senat aufgefordert, an Straßenbahnhaltestellen, an denen der Ausstieg straßenbündig ohne eigenständigen Ausstiegsbereich im Bereich des an der Straßenbahn vorbeifahrenden Kfz-Verkehrs erfolgen muss, die Verkehrssicherheit der Fahrgäste zu erhöhen und den Schutz vor dem fließenden Kfz-Verkehr zu gewährleisten.

Folgende Maßnahmen sind dafür an allen entsprechenden Straßenbahnhaltestellen sukzessive umzusetzen:

- An den Haltestellenbereichen ist durch eine Pförtnerampel dafür Sorge zu tragen, dass der Kfz-Verkehr während des Halts der Straßenbahn anhalten muss und nicht regelwidrig durch Einfahrt in den Haltestellenbereich die aussteigenden Fahrgäste gefährdet.
- Die Kfz-Fahrbahn ist im Bereich der Haltestellen durch Umbau auf das Niveau der Unterkante der Straßenbahntüren zu erhöhen, sodass ein barrierearmer Ein- und Ausstieg für Fahrgäste ermöglicht wird.

Zudem wird der Senat aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass Anbieter von Navigationsdiensten bei der Navigation Autofahrende an entsprechenden Straßenbahnhaltestellen auf die Pflicht zum Anhalten bei aussteigenden Fahrgästen hinweisen.

Begründung

In Berlin gibt es zahlreiche Straßenbahnhaltestellen, an denen der Ein- und Ausstieg über die Fahrbahn für den Kfz-Verkehr erfolgt. Die gemäß § 20 StVO bestehende Pflicht für den Kfz-Verkehr während des Halts der Straßenbahn anzuhalten und ein- und aussteigende Fahrgäste durchzulassen, wird häufig missachtet. Das führt zu Gefährdungen der Fahrgäste und beeinträchtigt die Sicherheit der ÖPNV-Nutzenden.

Zudem ist die Barrierefreiheit an diesen Haltestellen mangelhaft, da die Fahrgäste eine hohe Stufe vom Fahrbahnniveau zur Straßenbahn überwinden müssen.

Abhilfe schaffen einerseits der Einbau von Pfortnerampeln, die während des Halts der Straßenbahn dem Kfz-Verkehr rot signalisieren und die Pflicht zum Anhalten durch eindeutige Signale unterstreichen. Andererseits ist im Zuge der Anpassung der Haltestellen auch die Barrierefreiheit zu verbessern, indem das Straßenniveau bis zur Unterkante der Straßenbahntüren erhöht wird und damit das Ein- und Aussteigen insbesondere für mobilitätseingeschränkte Fahrgäste erleichtert wird.

Erfahrungen aus anderen deutschen Städten wie Erfurt oder Halle/Saale zeigen, dass diese Lösung etabliert und praktikabel ist. Die Erfahrungen aus der Berliner Praxis zeigen, dass der Verzicht auf diese Lösung nicht hingenommen werden kann, da die Pflicht zum Anhalten ohne Pfortnerampeln von einer Vielzahl von Kfz-Fahrenden ignoriert wird.

Das Ziel der Vision Zero, einem Verkehrssystem ohne Tote und Verletzte, erfordert ein Bündel an Maßnahmen, zu denen auch die beantragten gehören. Da auch der Senat in seinen Richtlinien der Regierungspolitik davon spricht, dass die Verkehrssicherheit gerade an Gefahrenschwerpunkten deutlich erhöht werden soll, ist die Umsetzung dieses Antrags ein wichtiger Baustein zur Umsetzung dieses Ziels.

Berlin, den 26. September 2023

Jarasch Graf Hassepaß
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen